Die **Gemeinde Eitorf**, vertreten durch den Bürgermeister (Dez. II/ Amt 60), Markt 1, 53783 Eitorf, nachfolgend „Gemeinde“ genannt,

und

die **Stadt Hennef**, vertreten durch den Bürgermeister (Dez),, nachfolgend „Stadt“ genannt,

schließen nachfolgende

Rahmenvereinbarung:

§ 1

Anlass

(1) Im Gebiet der Gemeinde ist im derzeitigen Regionalplan unter der Bezeichnung Altebach II eine Fläche von ca. 22 ha als GIB (Bereich für Gewerbe und Industrie) ausgewiesen. Die Gemeinde hat an der Kreisstraße 27 südlich der Ortslage Eitorf-Lindscheid in der Nähe der Anbindung der Landesstraße 86 an die Bundesstraße 8 die Potenziale für die regionalplanerische Ausweisung eines GIB im Umfang von etwa 20 bis 25 ha prüfen lassen. Die Gemeinde beabsichtigt, eine Änderung des Regionalplans dergestalt zu bewirken, dass anstelle der Flächen im Bereich Altebach II eine Ausweisung einer entsprechenden Fläche an der K 27 als GIB innerhalb des Untersuchungsbereichs erfolgt. Der Untersuchungsbereich und die daraus folgenden GIB-Flächen sind in der Anlage 1 ersichtlich.

(2) Im Gebiet der Stadt ist im derzeitigen Regionalplan an der Bundesstraße 8 im Grenzbereich zu Rheinland-Pfalz in einer Entfernung von rund 3 km zur Fläche aus Anlage 1 eine Fläche von ca. 13 ha als GIB ausgewiesen. Die Stadt beabsichtigt, diese Fläche im Rahmen einer Änderung des Regionalplans um etwa .. ha nach Westen an der B 8 liegend auszuweiten. Die Lage des bestehenden GIB und der gedachten Erweiterung ist aus Anlage 2 ersichtlich.

§ 2

Zweck

Gemeinde und Stadt betrachten die in § 1 beschriebenen Vorhaben als regionalplanerisch und konzeptionell zusammenhängend, weil damit im südöstlichen Rhein-Sieg-Kreis, geprägt durch die Grenzlage der Gemeinde und der Stadt zu Rheinland-Pfalz ein durch die Verkehrsachse B 8 und die an dieser schon vorhandene Gewerbegebietsentwicklung in der rheinland-pfälzischen Gemeinde Buchholz ein thematischer Zusammenhang besteht. Gemeinde und Stadt beabsichtigen daher, ihre beiden Vorhaben auch als konzeptionell zusammenhängend in eine Änderung des Regionalplans einzubringen. Dies soll noch in 2011 begonnen werden und mit folgenden gemeinsamen Schritte durchgeführt werden:

- Schritt 1: Einleitung der entsprechenden Ausweisungen im Regionalplan durch die Bezirksregierung Köln.
- Schritt 2: Umsetzung der regionalplanerischen Ausweisung durch eine entsprechende Ausweisung im Flächennutzungsplan.
- Schritt 3: Umsetzung des Flächennutzungsplans in Bauleitpläne nach BauGB.

§ 3

Art und Inhalt der Kooperation

(1) Für den Weg bis zu Schritt 3 sind sich Gemeinde und Stadt darin einig, alle nötigen Verfahrensschritte gemeinsam einzuleiten und durchzuführen, wobei bei den Schritten 2 und 3 die konkrete planerische Ausgestaltung der Planungshoheit des jeweiligen Partners überlassen bleibt. Schritte 2 und 3 können dabei verbunden werden. Für die konkreten Maßnahmen, die zur Umsetzung der in § 2 genannten Schritte erforderlich sind, sind sich Gemeinde und Stadt darin einig, dass diese gemeinsam umgesetzt werden und jeweils der Sache angepasste Planungs- und Kostenverteilungsvereinbarungen abgeschlossen werden, so weit dies aus der Natur der Sache möglich und sinnvoll ist.

(2) Gemeinde und Stadt beabsichtigen ferner, bei einer späteren Vermarktung der beiden Gebiete zu kooperieren. Um ein gemeinsames erstes Zeichen in diese Richtung zu setzen, vereinbaren sie für ihr Vorhaben bereits jetzt einen gemeinsamen Arbeitstitel wie folgt:

Gewerbegebiet Krabach West und Ost

Die Namensgebung soll dem Umstand Rechnung tragen, dass der Krabach die Grenze zwischen Gemeinde und Stadt bildet, andererseits aber etwa in der Mitte der beiden Vorhaben liegt. Die Namensgebung soll den übergemeindlichen Belang und die Absicht der gemeinsamen Entwicklung verdeutlichen.

§ 4

Schlussklausel

Gemeinde und Stadt sind sich darin einig, dass diese Vereinbarung jederzeit im Einvernehmen an die jeweils aktuelle Planungssituation und deren jeweiligen Bedürfnisse angepasst werden kann und soll. Änderungen und Ergänzungen bedürfen indes der Schriftform.